

Bericht an den Finanzausschuss des
Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Executive Summary

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Gouverneur
Mag. Andreas Ittner, Vize-Gouverneur
Oesterreichische Nationalbank

Sitzung am 14. März 2019

Bericht an den Finanzausschuss des Parlaments gem. NBG § 32 (5)

Geldpolitik im Eurosystem

- In seiner Sitzung am 7. März 2019 beschloss der EZB-Rat, die geldpolitische Ausrichtung auf Grund einer erheblichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euroraum, die die Anpassung der Inflationsentwicklung an das Preisstabilitätsziel bremst, weiter zu lockern. Es sind nämlich noch erhebliche geldpolitische Impulse erforderlich, um den weiteren Aufbau binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen.
- Diese Lockerung basiert auf einem Gesamtpaket von vier Einzelmaßnahmen: Erstens gab der EZB-Rat bekannt, dass er die geldpolitischen Leitzinsen¹ mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau konstant halten wird.
- Dementsprechend verlängert sich zweitens die Reinvestitionsphase im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP). Im Dezember 2018 hatte der EZB-Rat beschlossen, die Nettoankäufe mit Jahresende 2018 zu beenden. Zwischen März 2015 und Dezember 2018 investierte das Eurosystem knapp 2.600 Mrd EUR in Staatsanleihen, Anleihen von staatsnahen Unternehmen, gedeckte Schuldverschreibungen, Asset-backed Securities (ABS) sowie in Unternehmensanleihen aus dem Euroraum. Um das Volumen dieses Portfolios auf seinem Stand von Ende Dezember 2018 konstant zu halten, werden die Tilgungsbeträge von auslaufenden APP-Wertpapieren wieder angelegt. Diese Reinvestitionspolitik wird für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich weitergeführt werden. Mit der Ankündigung, die Leitzinsen frühestens mit Jahresbeginn 2020 anzuheben, verlängert sich folglich auch die Reinvestitionsphase.
- Im Jahr 2019 werden auf diese Weise voraussichtlich rund 200 Mrd EUR reinvestiert werden. Die Reinvestitionen bei den Ankaufprogrammen für den privaten Sektor (CBPP3, ABSPP und CSPP) werden sich auch weiterhin an der Marktkapitalisierung orientieren, während sich die Reinvestitionen bei den staatlichen Wertpapieren (im PSPP) weiterhin nach dem EZB-Kapitalschlüssel richten werden. Grundsätzlich wird im PSPP in dem Land reinvestiert, in dem die Tilgungszahlungen erfolgen. Da sich der EZB-Kapitalschlüssel jedoch zu Beginn des Jahres 2019 leicht verändert hat, wird es graduell zu Verschiebungen bei den Reinvestitionen zwischen den Ländern kommen, um die Anteile der Länder am PSPP-Portfolio stärker an die Anteile der jeweiligen NZBen am EZB-Kapitalschlüssel anzugleichen. Etwaige Anpassungen der Portfoliozusammensetzung werden schrittweise vollzogen und so kalibriert, dass geordnete Marktverhältnisse gewährleistet bleiben.
- Drittens beschloss der EZB-Rat am 7. März 2019 eine neue Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs III). Von September 2019 bis März 2021 werden in vierteljährlichem Takt neue Refinanzierungsgeschäfte mit jeweils zweijähriger Laufzeit angeboten. Diese neuen Geschäfte werden zur Aufrechterhaltung günstiger Kreditvergabekonditionen der Banken und zur

¹ Die Zinssätze für das Hauptrefinanzierungsgeschäft sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität liegen aktuell (unverändert seit März 2016) bei 0,00 %, 0,25 % bzw. –0,40 %.

reibunglosen Transmission der Geldpolitik beitragen. Der Zinssatz ist über die Laufzeit der einzelnen Geschäfte an den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte indexiert.

- Viertens werden die Kreditgeschäfte mit Laufzeiten von einer Woche bzw. drei Monaten so lange wie erforderlich und mindestens bis zum Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die im März 2021 beginnt, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt.

Weltwirtschaft: Wachstumsaussichten werden erneut nach unten revidiert

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) revidierte in seinem jüngsten Prognose-Update von Jänner 2019 die Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum erneut nach unten. Die Wachstumsrate dürfte sich 2018 auf 3,7% belaufen haben. Für 2019 wird ein Wachstum von 3,5% und für 2020 3,6% prognostiziert. Noch im Herbst war der IWF von jeweils 3,7% ausgegangen. Während die Abwärtsrevision der IWF-Oktoberprognose größtenteils durch die Einführung von Handelsbeschränkungen durch die USA und China begründet war, geht die aktuelle Revision auf die schwache Performance Deutschlands und Italiens in der zweiten Jahreshälfte 2018 und die schlechter als erwartete Entwicklung in der Türkei zurück.
- Die Wachstumsaussichten der Industriestaaten wurden für 2019 auf 2,0% und für 2020 auf 1,7% etwas nach unten korrigiert (je -0,1Ppt.). Die leichte Abwärtsrevision beider Prognosejahre resultiert hauptsächlich aus den Revisionen für den Euroraum (DE, IT und FR insbesondere). Die Aussichten für die USA bleiben unverändert (2019 2,5% und 2020 1,8%). Der IWF geht von einem moderaten Wachstumsrückgang aufgrund auslaufender fiskalpolitischer Stimuli aus. Japans Wirtschaftswachstum wurde aufgrund zusätzlicher fiskalischer Maßnahmen leicht nach oben korrigiert (je +0,2 Ppt. auf 1,1% 2019 und 0,5% 2020). Die Prognose für das Vereinigte Königreich ist mit hohen Unsicherheiten verbunden und wurde trotz fiskalpolitischer Maßnahmen im letzten Budget nicht geändert (2019: 1,5%; 2020: 1,6%).
- Die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern soll über den Prognosezeitraum etwas zurückgehen. Für 2019 wird ein Wachstum von 4,5% (-0,2Ppt.) und für 2020 von 4,9% prognostiziert. Die Abwärtsrevision 2019 resultiert insbesondere aus der starken Revision der zentral- und osteuropäischen Länder (Revision der Ländergruppe: -1,3 Ppt. bzw. -0,4 Ppt. auf 5,1% 2019 und 5,2% 2020), allen voran der Türkei, wo eine langsamere Erholung vom wirtschaftlichen Einbruch erwartet wird. In China wird zwar versucht, die Effekte der Handelsbeschränkungen durch fiskalpolitische Maßnahmen zu kompensieren, die Wirtschaft soll allerdings aufgrund von (notwendigen) Finanzmarktregulierungen und aufgrund des Handelsdisputs mit den USA 2019 und 2020 weniger stark wachsen (6,3% und 6,4%).
- Nach wie vor wird das Wachstum des Welthandels für 2019 bei 4,0% gesehen, was dem Wachstum von 2018 entspräche, aber deutlich unter dem Wert von 2017 liegt (5,3%). Hinsichtlich der Handelsprognosen muss beachtet werden, dass die Daten aufgrund eines möglichen Import-„Front Loading“-Effekts angesichts potentieller Zollanhebungen nach oben verzerrt sein könnten. Anfang Dezember wurde eine Aussetzung des Handelsstreits zwischen China und den USA vereinbart; die ursprünglich für Anfang März angedrohten neuen Zölle wurden im Rahmen substanzieller Fortschritte der Verhandlungen vorläufig sistiert.

- Die Prognoserisiken sind auch weiterhin nach unten gerichtet. Neben einer Eskalation des Handelsstreits zwischen USA und China könnten auch ein ungeordneter Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und ein stärkerer Wachstumsrückgang in China die Aussichten des Weltwirtschaftswachstums schwächen. Daneben stellen auch die etwas restriktiveren Finanzierungsbedingungen vor dem Hintergrund hoher privater und öffentlicher Verschuldung ein Abwärtsrisiko dar.

Euroraum: Wachstum im vierten Quartal auf 0,2% geschätzt

- Im Euroraum lag das Wachstum des realen BIP unverändert gegenüber dem dritten Quartal auch im vierten Quartal 2018 bei schwachen 0,2%. Der Expansionsrückgang in der zweiten Jahreshälfte 2018 ist sowohl auf die nachlassende externe Nachfrage, aber auch auf heimische Faktoren insbesondere in Deutschland, Italien und Frankreich zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund revidierte die EZB die Wachstumsaussichten für den Euroraum in ihrer Prognose vom März 2019 gegenüber jener vom Dezember 2018 deutlich nach unten. 2019 und 2020 soll die Wirtschaft um 1,1% (-0,6 Ppt.) bzw. 1,6% (-0,1 Ppt.) wachsen.
- Auf Länderebene zeigt sich eine Divergenz der wirtschaftlichen Entwicklung: In Italien schrumpfte die Wirtschaft im vierten Quartal erneut um -0,2% ggü dem Vorquartal. Damit rutschte das Land in eine technische Rezession. Deutschland hingegen entkam dieser knapp. Nach -0,2% im Q3/18 stagnierte das Wachstum im finalen Quartal 2018. Deutsche Prognostiker hatten ein minimal positives Wachstum vorhergesagt. Das Wirtschaftswachstum in Frankreich lag nach einem etwas dynamischeren ersten Halbjahr stabil bei 0,3%. In den Niederlanden und in Portugal war das finale Quartal 2018 mit 0,5% bzw. 0,4% etwas besser als das Vorquartal. In Spanien belief sich das Quartalswachstum auf 0,7% und war damit etwas stärker als in den anderen Quartalen 2018.
- Die Stimmungsindikatoren setzten in den vergangenen Monaten ihren Abwärtstrend fort und reflektieren damit die schwache wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2018. Der von der EK ermittelte *Economic Sentiment Indicator (ESI)*² sank im Jänner auf 108,5 nach 109,3 im Dezember.
- Wesentlich deutlicher fiel der *Purchasing Managers' Composite Index (PMI)*³: Im Jänner rutschte dieser auf 51,0 Punkte (nach 51,1 im Dezember) und lag damit auf dem tiefsten Wert seit fünfzehn Jahren. Die rezente Umfrage deutet auf einen wirtschaftlich sehr schwachen Start ins neue Jahr hin. Demnach sind nicht mehr nur die Industrie und der Exportsektor von der Abkühlung betroffen, sondern auch der bisher relativ robuste Dienstleistungssektor.
- Im Verlauf des Jahres 2018 war im Euroraum ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote zu verzeichnen. Während diese im Jänner 2018 noch bei 8,6% lag, betrug sie im November wie auch im Dezember 7,9%. Das Beschäftigungswachstum verbesserte sich im Q4/2018 leicht auf 0,3% (Q3/18: 0,2%).
- Im Euroraum ging die HVPI-Inflationsrate seit Oktober 2018 zurück. Der aktuellen Schnellschätzung zufolge betrug sie im Jänner 1,4%, nach 1,6% und 1,9% im Dezember bzw. November 2018. Der Verlauf der Gesamtinflationsrate war 2018 hauptsächlich durch die Entwicklung der Preise für Energie bestimmt, zu

² Der *Economic Sentiment Indicator (ESI)* stellt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Lage dar und setzt sich aus fünf Vertrauensindikatoren (Industrie, Dienstleistungen, Verbraucher, Baugewerbe und Einzelhandel) zusammen.

³ Die *Purchasing Managers' Indexes (PMI)* sind eine Serie von Indikatoren über die wirtschaftliche Lage, welche auf monatlichen Befragungen privatwirtschaftlicher Unternehmen beruhen. Werte über 50 deuten Verbesserungen an.

einem geringen Ausmaß trugen aber auch die Schwankungen der Lebensmittelpreise zur hohen Volatilität der Inflationsrate bei. Die Kerninflationsrate dürfte mit 1,1 % im Jänner stabil geblieben sein. Die EZB geht in ihrer Prognose vom März 2019 davon aus, dass die Inflation bis zum vierten Quartal 2019 weiter sinken und 2019 1,2 % betragen wird. Für 2020 wird ein Anstieg auf 1,5 % erwartet.

Wachstumsabschwächung in den EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) nach einem starken Jahr 2018

- Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas lag im Jahr 2018 laut erster Schnellschätzungen bei 4,3 %. Trotz einer merklichen Abschwächung der Wirtschaftsdynamik zum Jahresende nahm die Wirtschaftsleistung damit deutlich stärker zu als im Schnitt der letzten 10 Jahre.
- Die Konjunktur wurde vor allem vom privaten Konsum getragen, welcher von zunehmender Kreditvergabe, starkem Reallohnwachstum und einer weiteren Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten profitierte. Die Arbeitslosenquote befindet sich auf einem historischen Tief und die Zunahme der Beschäftigung schlägt sich in einem konstanten Anstieg der Erwerbsquoten nieder. Vor diesem Hintergrund kommt es allerdings zunehmend zu Verknappungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten, die mit einem starken Lohnwachstum einher gehen. Neben dem Konsum nahm auch die Investitionstätigkeit deutlich zu. Die Investitionen profitierten von guten Finanzierungsbedingungen, hohen Auftragsbeständen, einer historisch hohen Kapazitätsauslastung sowie weiteren Auszahlungen aus EU-Fonds. Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte fiel leicht negativ aus. Darin spiegeln sich die hohe Importnachfrage in CESEE sowie der schwächere Welthandel im Allgemeinen und die nachlassende Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten im Besonderen wider.
- Aktuelle Prognosen gehen von einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2019 vor dem Hintergrund der nachlassenden internationalen Konjunktur aus. So erwartet etwa die aktuelle Winterprognose der Europäischen Kommission ein durchschnittliches Plus von 3,4 % für die CESEE EU-Mitgliedstaaten. Laut Kommission wird das Wachstumsdifferenzial zum Euroraum in etwa 2 Prozentpunkte im heurigen Jahr betragen und damit etwas geringer als im Jahr 2018 ausfallen (2,4 Prozentpunkte).

Österreich: Konjunktur bremst sich auch in Österreich ein

- Österreichs Wirtschaft sieht sich zusehends mit globalen Konjunkturrisiken konfrontiert und verliert deshalb an Schwung. Aufgrund der robusten Inlandskonjunktur fällt die Wachstumsabschwächung in Österreich aber weniger stark aus als im Euroraum. Ein Konjunkturunbruch zeichnet sich für Österreich nicht ab.
- Für das erste Quartal 2019 prognostiziert die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) im Rahmen ihrer vierteljährlichen Kurzfristprognose eine leichte Wachstumsverlangsamung des realen BIP auf 0,3 % (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Prognose mussten die Wachstumserwartungen aufgrund des schwierigen außenwirtschaftlichen Umfelds um 0,2 Prozentpunkte zurückgenommen werden. Für das zweite Quartal 2019 wird mit dem Wirksamwerden des Familienbonus Plus und dem Auslaufen der als temporär eingeschätzten Probleme der europäischen Automobilindustrie mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 0,4 % gerechnet. Der weitere Konjunkturverlauf ist mit großen externen Unsicherheiten behaftet und die Risiken der vorliegenden Kurzfristprognose sind eindeutig nach unten gerichtet.

- Das außenwirtschaftliche Umfeld ist seit geraumer Zeit durch eine Reihe von Abwärtsrisiken gekennzeichnet. Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem anvisierten EU-Austritt Großbritanniens sowie mit den globalen Handelskonflikten und der wirtschaftspolitischen Ausrichtung in wichtigen EU-Staaten wie Italien und Frankreich belasten die europäischen Wachstumsaussichten. Schwierigkeiten der europäischen Automobilindustrie bei der Erfüllung der neuen Abgasnormen führten zum Jahresende 2018 zu einer zusätzlichen – als temporär eingeschätzten – Abschwächung der Konjunkturdynamik im Euroraum. Zuletzt wurden auch die Wachstumsprognosen für Österreichs wichtigsten Handelspartner Deutschland deutlich nach unten revidiert. Österreichs Wirtschaft kann sich dieser Dynamik nicht gänzlich entziehen, zeigt sich aber dank einer kräftigen Inlandskonjunktur vergleichsweise robust. Im vierten Quartal entsprach das Wirtschaftswachstum mit 0,4% (gegenüber dem Vorquartal) zwar nur mehr dem langjährigen Durchschnitt, war damit aber doppelt so stark wie im Euroraum (0,2%).
- Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist insbesondere im exportorientierten Industriesektor zu spüren und spiegelt sich in einer uneinheitlichen Entwicklung der Vorlaufindikatoren wider. Die Mehrzahl der Indikatoren ist zwar nach unten gerichtet, das zum Teil aber noch immer hohe Niveau lässt jedoch keinen unmittelbar bevorstehenden Einbruch der Export- und Industriekonjunktur erwarten. Stabilisierend wirkt der Dienstleistungssektor, der zuletzt deutlich stärker als die Industrieproduktion gewachsen ist. Dazu trägt nicht zuletzt der Tourismus bei, der im Vorjahr erneut einen neuen Nächtigungsrekord erzielte und einen erfolgreichen Start in die aktuelle Wintersaison vorweisen kann.
- Die Inlandsnachfrage ist weiterhin eine zentrale Stütze der Konjunktur und hilft außenwirtschaftliche Schocks abzufedern. Zwar verlieren die stark von der Industrie- und Exportkonjunktur bestimmten Ausrüstungsinvestitionen an Dynamik, aber die Wohnbauinvestitionen werden sich auch in den kommenden Monaten stabil entwickeln. Sie werden kaum von globalen Konjunkturtrends bestimmt und profitieren von einer starken Nachfrage, steigenden Immobilienpreisen und anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen. Auch vom privaten Konsum werden im ersten Halbjahr kräftige Konjunkturimpulse ausgehen. Das Beschäftigungswachstum war zu Jahresbeginn mit knapp 2% weiterhin sehr kräftig und die hohe Zahl an gemeldeten offenen Stellen signalisiert eine Fortsetzung dieses Trends. Darüber hinaus stützen die im Vergleich zum Vorjahr höheren Lohnabschlüsse für das Jahr 2019 das Konsumwachstum ebenso wie der Rückgang der Inflation auf zuletzt 1,7%.

Entwicklungen in der EU

Reform des Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

- Der Eurogipfel vom 13.12. 2018 billigte die Modalitäten für die Reform des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Bis Juni 2019 sind die erforderlichen Änderungen des ESM-Vertrags (einschließlich der gemeinsamen Letztsicherung für den SRF) vorzubereiten.
- Der Eurogipfel befürwortet die Vorgaben für die gemeinsame Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF), in denen dargelegt ist, wie die Letztsicherung einsatzfähig und vorzeitig nutzbar gemacht werden soll, sofern ausreichende Fortschritte bei der Risikominderung erzielt wurden, was im Jahr 2020 zu bewerten ist.

Neue Budgetinstrumente zur Stärkung des Euroraums

- Eine Fortsetzung der Arbeiten am deutsch/französischen Vorschlag zur Schaffung von Instrumenten zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Stabilisierung der WWU, wurde vom Eurogipfel am 13.12. 2018 beschlossen. Das geplante Euroraumbudget soll Teil des EU-Budgets sein. Den Umfang bestimmen die Staats- und Regierungschefs im Zuge des Mehrjährigen Finanzrahmens. Geplant ist eine Finanzierung des Euroraumbudgets durch nationale Beiträge auf Basis eines intergouvernementalen Abkommens.

Stärkung der internationalen Rolle des Euro

- Auf der Basis der EK-Kommunikation “Towards a stronger international role of the euro” von Dezember 2018 und im Auftrag des Euro-Gipfels wird die Eurogruppe das Thema weiterverfolgen.
- Ziel ist die Steigerung der Attraktivität des Euro durch Maßnahmen zur Vertiefung der WWU, der Kapitalmarktunion, und Straffung der einheitlichen Außenvertretung.
- Die Nutzung des Euro soll über Marktinfrastrukturen, Marktindikatoren, Echtzeit-Zahlungen (EZB: TIPS-System zur Abwicklung von Zahlungen in Echtzeit seit Ende 2018), Devisenmärkte, und in strategischen Sektoren (Energie- und Rohstoffmärkte) gefördert werden.
- Die EU könnte die Nutzung des Euro auch in Anleihen von EU-Institutionen (ESM etc.), und Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten verankern.

Anziehendes Kreditwachstum der österreichischen Banken im Inland

- Das Kreditwachstum hat im Jahr 2018 weiter an Dynamik gewonnen. Gestützt wurde dies von einem deutlichen Anstieg der Unternehmenskredite sowie stabil wachsenden Immobilienfinanzierungen. Dabei kamen sowohl Angebots- wie auch Nachfrageeffekte zum Tragen.
- Das Kreditvolumen gegenüber Unternehmen in Österreich wuchs im Jahr 2018 im Jahresvergleich um 6,7%. Bei den privaten Haushalten betragen die Kreditwachstumsraten seit Ende 2016 zwischen 3% und 4%. Wohnbaukredite stiegen dabei etwas stärker mit durchschnittlich 4,6%.
- Der Abbau des Fremdwährungskreditvolumens schreitet zügig voran – Neuauflage des Informationsfolders über Risiken von Fremdwährungskrediten
- Im Jahr 2018 reduzierte sich das Fremdwährungskreditvolumen gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen in Österreich wechsellkursbereinigt um 10,2% auf 18,5 Mrd EUR. Der Fremdwährungsanteil am Gesamtkreditvolumen sank damit auf 9,2% für private Haushalte und 2,3% für nichtfinanzielle Unternehmen. Die Risiken von Fremdwährungskrediten, die an einen Tilgungsträger geknüpft sind, bleiben jedoch weiterhin erhöht.
- Um Kreditnehmende weiter zu sensibilisieren und deren Risikobewusstsein zu schärfen, haben die OeNB, FMA und WKO Anfang 2019 den Informationsfolder zu den Risiken von Fremdwährungskrediten überarbeitet. Der Folder soll in den kommenden Wochen an die heimischen Banken verteilt werden.
- CESEE: Das von österreichischen Tochterbanken in dieser Region vergebene Fremdwährungskreditvolumen reduzierte sich seit Ende 2010 um zwei Drittel auf 29,8 Mrd EUR (Stand Ende Juni 2018). Dadurch sank der Fremdwährungskreditanteil im selben Zeitraum von 47% auf 25%.

Kreditrisikovorsorgen als größter Treiber der Profitabilität österreichischer Banken im Jahr 2018

- Der kräftige Konjunkturaufschwung schlägt sich im Jahr 2018 auch in der Geschäftsentwicklung der österreichischen Banken nieder. Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken lag Ende September 2018 bei 5,5 Mrd EUR (+6% im Jahresvergleich). Gestützt wurde diese Entwicklung dadurch, dass in den ersten drei Quartalen 2018 sogar mehr Risikovorsorgen aufgelöst als neu gebildet wurden.
- Durch die geringere Neubildung der Risikovorsorgen sowie den Anstieg des Kreditwachstums hat sich die Wertberichtigungsquote der österreichischen Banken auf 1,9% reduziert. Eine Verschlechterung der Kreditqualität, ausgelöst durch einen makroökonomischen Abschwung, würde allerdings wieder die vermehrte Bildung von Vorsorgen notwendig machen und zu einer Belastung der Ergebnisse der Banken führen. Würden die Banken zum langjährigen Durchschnitt der Wertberichtigungsquote (2,6%) zurückkehren, müssten sie – unter der Annahme eines konstanten Kreditvolumens – insgesamt knapp 5 Mrd EUR an zusätzlichen Risikovorsorgen bilden. Die Neubildung an Risikovorsorgen würde über einen entsprechenden Zeitraum stattfinden.
- Ungeachtet der Auflösung von Risikovorsorgen konnte die Deckungsquote, d.h. Kreditwertberichtigungen im Verhältnis zu notleidenden Krediten, auf einem – auch im internationalen Vergleich – soliden Niveau gehalten werden.

Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken war trotz Anstieg der Profitabilität zuletzt rückläufig

- Die österreichischen Banken haben in den ersten drei Quartalen des Jahres 2018 weiterhin vom günstigen makroökonomischen Umfeld – geprägt von dynamischem Kreditwachstum und gesunkenen Risikovorsorgen – profitiert und ihren Gewinn weiter gesteigert. Parallel dazu war die konsolidierte Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken jedoch rückläufig.
- Die Kapitalisierung der österreichischen Banken lag per 2018Q3 sowohl im EU-, als auch im SSM-Großbanken-Vergleich unter dem Durchschnitt (CET1-Ratio: Österreich konsolidiert 14,8% vs. EU-Durchschnitt 15,1%; österr. Großbanken 12,9% vs. SSM-Großbanken-Durchschnitt 14,2%). Die heimischen Banken sind insgesamt betrachtet aber deutlich besser kapitalisiert als vor dem Ausbruch der Finanzkrise vor etwas mehr als zehn Jahren.
- Diese Entwicklung zeigt, dass in einem Umfeld anziehenden Kreditwachstums (und damit einhergehenden steigenden risikogewichteten Aktiva) die Einbehaltung von Gewinnen zum Kapitalaufbau besonders wichtig für die österreichischen Banken ist. Maßgeblich ist daher eine ausgewogene Balance zwischen Gewinnausschüttungen und Kapitalaufbau, damit Banken auch im Fall eines etwaigen Konjunkturabschwungs als verlässliche Kreditgeber fungieren können.

Überprüfung des österreichischen Finanzsektors durch den Internationalen Währungsfonds im Jahr 2019 (Financial Sector Assessment Program, FSAP)

- 2019 führt der Internationale Währungsfonds (IWF) zum vierten Mal eine detaillierte Überprüfung des österreichischen Finanzsektors im Rahmen eines Financial Sector Assessment Programs (FSAP) durch. Die letzten Überprüfungen des österreichischen Finanzsektors durch den IWF fanden 2003, 2008 und 2013 statt.
- Der IWF wird dabei die Quellen, Wahrscheinlichkeiten und potenziellen Auswirkungen der wesentlichen Risiken sowie den rechtlichen und regulatorischen

Rahmen für Finanzmarktstabilität, die Kapazitäten der nationalen Institutionen zur Bewältigung einer Finanzkrise und die Einhaltung der Bestimmungen zu Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung evaluieren. Darüber hinaus wird die Umsetzung der Empfehlungen des letzten FSAPs 2013 überprüft.

- Zu diesem Zweck werden Vertreter des IWF Gespräche mit österreichischen Institutionen und Marktteilnehmern im März, Mai und September 2019 führen. Die Ergebnisse der Überprüfung sollen im Herbst 2019 vorliegen.

Weitgehende Fortschritte bei den Verhandlungen zum Bankenpaket unter dem österreichischen Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft

- Am 4. Dezember 2018 billigte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) das zwischen Europäischer Kommission (EK), Europäischem Parlament und Rat gefundene Einverständnis zu Kernelementen des Bankenpakets. Anschließend wurde auf technischer Ebene weiter an der endgültigen Ausgestaltung der Rechtstexte gearbeitet und am 15. Februar 2019 auf Botschaferebene eine finale Einigung mit dem Europäischen Parlament gebilligt. Die förmliche Annahme der Rechtstexte soll nun im zweiten Quartal 2019 unter dem Vorsitz der rumänischen Ratspräsidentschaft erfolgen. Damit befindet sich der im Herbst 2016 durch die EK angestoßene Legislativprozess auf der Zielgeraden. Die OeNB hat das BMF während des österreichischen Vorsitzes der EU-Ratspräsidentschaft, insbesondere bei den Trilogverhandlungen zu bankaufsichtlichen und regulatorischen Dossiers, mit fachlicher Expertise intensiv unterstützt.
- Aus österreichischer Sicht konnten in folgenden besonders relevante Themenbereichen zufriedenstellende Lösung gefunden werden:⁴
 - Stärkere Verankerung der Proportionalität: Für „kleine“ und „nicht komplexe“ Institute sind insbesondere Erleichterungen im Meldewesen (Berichtspflicht), in der Offenlegung und bei Vergütungsregeln vorgesehen.
 - Sicherstellung der Glaubwürdigkeit und Praktikabilität des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens (Säule 2). Es gibt nun eine klare Trennung zwischen mikro- und makroprudenziellen Risiken. Demnach dürfen nur noch institutspezifische Risiken berücksichtigt werden. Im Gegenzug dazu wird der makroprudenzielle Regulierungsrahmen an anderer Stelle erweitert.
 - Klarere Regelung des Verhältnisses von aufsichts- und abwicklungsrechtlichen Anforderungen: Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichts- und Abwicklungsbehörden soll effizienter gestaltet werden (z. B. klare Aufgabenteilung).
 - Sachgemäßere Regelung der regulatorischen Anforderungen für Finanzholdings.
- Die Schaffung einer europäischen Einlagensicherung (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) als dritte Säule der Bankenunion wurde bereits im Jahr 2015 von der EK mit einem Legislativvorschlag angestoßen und im Oktober 2017 durch eine Mitteilung der EK mit abgeänderten Vorschlägen nochmals bekräftigt. Unter der österreichischen Ratspräsidentschaft wurden in der mit EDIS befassten Arbeitsgruppe weitere Modelle für eine mögliche erste Phase von EDIS (ausschließlich Liquiditätsbereitstellung jedoch noch ohne gemeinsame Risikostragung) diskutiert. Mangels Vorliegen einer politischen Einigung gestalten sich die

⁴ Neben dem Bankenpaket wurden folgende Dossiers zu bankrelevanten Themen unter dem österreichischen Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft behandelt: Legislativpaket zum Abbau notleidender Kredite, Pfandbriefe („covered bonds“); Erleichterungen für grenzüberschreitende Zahlungen innerhalb der EU; Vorschläge zur Etablierung nachhaltiger Investitionen („sustainable finance“); Reformpaket zum Europäischen Aufsichtsrahmenwerk (European System on Financial Supervision-Review, ESFS-Review); Dossiers mit besonderer Brexit-Relevanz; regulatorische Behandlung von Staatsanleihen; Letztsicherung („sovereign backstop“) beim Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Funds, SRF).

technischen Arbeiten weiterhin herausfordernd. Die Eurogruppe hat am 3. Dezember 2018 beschlossen, eine hochrangige Arbeitsgruppe (High Level Working Group) einzusetzen, um mit der Ausarbeitung eines Fahrplans für die Aufnahme politischer Verhandlungen über EDIS zu beginnen. Diese soll im Juni 2019 über ihre Ergebnisse berichten.

Finalisierung der Arbeiten des Baseler Ausschusses zur Reform von Basel III

- Nach der Finanzkrise wurden die Eigenkapitalvorschriften des Baseler Bankenausschusses (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) einer umfassenden Überarbeitung unterzogen. Die Finalisierung des Basel III Rahmenwerkes bildet nun die Überarbeitung der Berechnung der risikogewichteten Aktiva (RWAs). Ziel war es, einen Ausgleich zwischen Einfachheit und Risikosensitivität und eine erhöhte Vergleichbarkeit der Kapitalkennzahlen zu schaffen. Die Arbeiten dazu konnten im Dezember 2017 bzw. Jänner 2019 erfolgreich abgeschlossen werden. Die neuen Regelungen sollen ab 2022 angewandt werden, wobei es für einige Regelungen längere Übergangsfristen gibt. Die rechtliche Umsetzung der Empfehlungen des Baseler Bankenausschusses hat noch im europäischen Gesetzgebungsverfahren zu erfolgen. Dazu müssen die betreffenden EU-Richtlinien und Verordnungen überarbeitet und umgesetzt werden.
- Ursprünglich setzten sich die internationalen Aufseher zum Ziel, durch die regulatorischen Reformen keinen signifikanten Anstieg der risikogewichteten Aktiva auszulösen. Um die tatsächlichen Auswirkungen des Basel III-Reformpakets auf die Eigenmittelanforderungen von Banken und Herausforderungen bei der Implementierung zu untersuchen, führt die European Banking Authority (EBA) im Auftrag der EK und in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden eine qualitative Auswirkungsstudie durch. Die EBA soll der EK bis 30. Juni 2019 einen detaillierten Bericht übermitteln.
- Erste Berechnungen zu den Auswirkungen auf österreichische Banken (16 Banken im Sample) zeigen, dass die jüngsten Basel III Reformen im Durchschnitt zu einem einstelligen RWA-Anstieg führen. Die Auswirkungen auf die Banken in der Stichprobe sind jedoch sehr unterschiedlich. Während die drei Banken mit internen Modellen unterdurchschnittliche RWA Erhöhungen verzeichnen, sind Banken mit einem hohen Beteiligungsportfolio von den jüngsten Basel Reformen stark betroffen.

Aktuelle Entwicklungen im baren und unbaren Zahlungsverkehr Bargeldentwicklung 2018:

- Der Bargeldumlauf im Eurosystem betrug Ende 2018 *1.260,1 Mrd. EUR* (+5,1 % gegenüber Ende 2017); davon entfielen 1.231,1 Mrd. EUR auf Banknoten und 29 Mrd. EUR auf Münzen.
- Die *50-Euro-Banknote* ist die wichtigste Banknote im Eurosystem. Sie wird sowohl im täglichen Zahlungsverkehr als auch für Bargeldhortung verwendet. Insgesamt sind bereits 10,4 Mrd. Stück 50-Euro-Banknoten in Umlauf, davon 4,8 Mrd. Stück der neuen Serie. Die *100-Euro-Banknote* hat ebenso an Bedeutung gewonnen. Mitunter liegt der wertmäßige Umlauf der 100-Euro-Banknoten mit 280,4 Mrd. EUR bereits über jenem der 500-Euro-Banknote (260,8 Mrd. EUR).
- Da es in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr möglich ist, exakte Umlaufzahlen der Banknoten in einzelnen Ländern zu ermitteln, schätzt die OeNB den österreichischen Banknotenumlauf. Diese Schätzung basiert auf den Erstausgabemengen, den tatsächlichen Einlieferungen, der Umlaufgeschwindigkeit

keit und der Banknotenbearbeitung außerhalb der OeNB/GSA unter Berücksichtigung des Banknotengroßhandels. Aktuellen Schätzungen der OeNB zufolge befinden sich Banknoten im Wert von etwa *31,0 Mrd EUR* (2017: 29,6 Mrd. EUR) in Österreich im Umlauf. Das entspricht einer Steigerung zum Vorjahr in der Höhe von 4,7%.

Falschgeldstatistik Österreich 2018:

- Von *Jänner bis Dezember 2018* wurden in Österreich *11.698 Fälschungen aus dem Umlauf* sichergestellt. Im gleichen Zeitraum 2017 waren es 9.893 Fälschungen. Für Österreich ist somit ein *Plus von +1.805 Fälschungen (+18,2%)* gegenüber demselben Zeitraum im Jahr 2017 erkennbar. Die im Zeitraum *Jänner bis Dezember 2018* in Österreich *am häufigsten gefälschte Banknote* war mit 75,9% der *EUR 50* gefolgt vom *EUR 20* mit 10,9% und dem *EUR 100* mit 8,5%. Insgesamt sind diese drei Banknoten-Kategorien somit für 95,3% aller Fälschungen in Österreich verantwortlich.
- Der *Schwerpunkt* des österreichischen Falschgeldaufkommens lag unverändert im *Ballungsraum Wien und im angrenzenden Niederösterreich*. Gemeinsam kommen die beiden Bundesländer auf 59% aller in Österreich sichergestellten Fälschungen. Der Schaden, der durch Fälschungen von *Jänner bis Dezember 2018* in Österreich entstanden ist, beträgt somit € 641.320. Im Vergleichszeitraum 2017 waren es € 567.125. Dies bedeutet ein *Plus von € 74.195 (+13,1%)*.
- Von der Polizei sind im Zeitraum *Jänner bis Dezember 2018* in Österreich *insgesamt 7.438 Stück Fälschungen sichergestellt* worden, bevor diese im Umlauf einen Schaden verursachen konnten. Europaweit wurden im Jahr 2018 insgesamt 563.000 Stück Fälschungen aus dem Umlauf gezogen. Die europaweit am häufigsten gefälschte Banknote ist mit 61,8% die *50-Euro-Banknote*, gefolgt von der *20-Euro-Banknote* mit 22,7%.